



Morsbacher Rundblick

MORSBACH

Informationen der SPD Morsbach rund um die Politik in der Gemeinde Morsbach

Der Haushalt der Gemeinde Morsbach für 2018 – 2021

Die Verwaltung hat uns einen Haushalt und eine Finanzplanung vorgelegt, die nur knapp eine Knebelung durch ein Haushaltssicherungskonzept vermeiden.

Die Vermeidung des engen Korsetts eines Haushaltssicherungskonzeptes hat ihren Preis, nämlich und **leider – maßvolle – Steuererhöhungen** (nicht nur bei der Grundsteuer B sondern auch bei der Gewerbesteuer), die insbesondere von unseren politischen Gegnern aufs Heftigste kritisiert und bekämpft werden. Eine eigene Antwort auf die finanzielle Engpasssituation der Gemeinde fehlt von dort trotz vollmundiger Versprechungen allerdings. Fehlt es dort möglicherweise an der erforderlichen Weitsicht. Uns, die wir die Steuererhöhungen mittragen, als einfallsslose Steuererhöhungspartei zu diffamieren, ist jedenfalls wenig hilfreich, vor allem, wenn von eigener Seite eine Erhöhung der Grundsteuer A durchgesetzt und kostentreibende Anträge verabschiedet wurden. (z. B. Erstellung eines Straßenzustandskatasters)

Wir wollen Morsbach voranbringen:

- Mithelfen, dass die Maßnahmen des Integrierten Handlungskonzeptes (IHK) eine städtebauliche Aufwertung unserer liebenswerten Gemeinde entfalten.
- Wir fordern ein verbindliches Straßenbauprogramm, was sicher auch im Sinne der Anlieger sein dürfte, zu wissen, wann „ihre“ Straße saniert wird.
- Für Bildung und Familienförderung treten wir ein; deshalb

• Für Bildung und Familienförderung treten wir ein; deshalb haben wir gegen eine Erhöhung der OGS-Beiträge gestimmt und die Verdoppelung der Förderung junger Familien zur Eigentumsbildung gefordert.

• Für Holpe haben wir eine verlässliche Festlegung der notwendigen Sanierungsmaßnahmen am Grundschulgebäude gefordert, einen Trinkwasserbrunnen zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität am Dorfplatz beantragt und stehen der Erarbeitung eines Dorffinnenentwicklungskonzeptes, wie es auch für Lichtenberg vorgesehen ist, positiv gegenüber.

• Das in Lichtenberg möglicherweise entstehende medizinische Versorgungszentrum (MVZ) findet unsere volle Zustimmung. Die Schulhofsanierung sollte nicht nur in der Wiederherstellung der Asphaltdecke bestehe

Was die SPD nicht mitgetragen hat, wo wir nicht zugestimmt haben.

1. Mehr Mittel für die Forstbetriebsgemeinschaften, für die Instandhaltung der Waldwege, (weil das eine Erhöhung der Grundsteuer A zur Folge hatte)
2. Kein Geld für ein Straßenzustandskataster, (ein Papiertiger, dessen Einsparungen in der Zukunft unsicher und nur vermutet werden können)
3. Keine Haushaltsmittel für die Förderung der Jugendarbeit (weil eine Förderung bereits durch die Mittel aus der Überschussbeteiligung der Kreissparkasse möglich ist)

Zur Nachahmung empfohlen!

Zur Nachahmung empfohlen!

Rund 90 Städte und Gemeinden haben sich entschieden, ihre Grünflächen ohne Pestizide oder mindestens ohne Glyphosat zu bewirtschaften. Stattdessen können Alternativen zum Einsatz kommen.

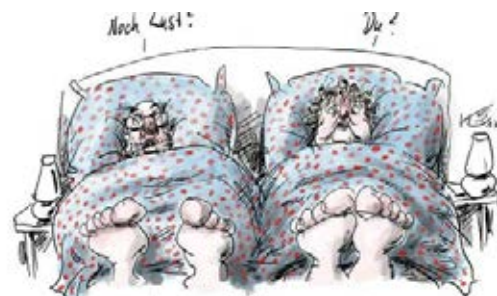


Mehr Informationen erhalten Sie auf www.spd-morsbach.de

Wie in Zukunft regieren?

Vor einer Minderheitsregierung braucht niemand Angst zu haben außer CDU und CSU, weil sie dann zur Abwechslung mal eigene, zukunftsfähige Ideen für dieses Land entwickeln

und sie im Bundestag zur Diskussion stellen müssten. Das klingt doch spannend und interessant. Alles andere ist Kokolores.



Ergebnisoffene Sondierungsgespräche

Bild: Spiegel online

Bürgerversicherung

Die **Vorteile** einer Bürgerversicherung liegen auf der Hand. Alle Bürger wären Teil dieser Versicherung, womit eine insgesamt einheitliche und größere Finanzierungsbasis entsteht. Damit spielt das Thema Solidarität eine größere Rolle, als es im heutigen dualen Krankenversicherungssystem der Fall ist. Das könnte sich positiv auf die Beitragssatzentwicklung auswirken. Viele Versicherte mit „gutem Risiko“ (Selbstständige und Gutverdiener), die auch aufgrund von meist guter Bildung, weniger Krankheitsrisiken, oft auch eine gesündere Lebensführung aufweisen, zahlen in das Solidarsystem ein. Der Vorwurf einer Zwei-Klassen-Medizin wird damit abgemildert. Ein weiterer Vorteil wäre auch die diskutierte Vereinheitlichung der ambulanten ärztlichen Vergütung. Ärzte können bei den PKV-Versicherten aktuell höhere Abrechnungen vornehmen.

Die **Nachteile** einer Bürgerversicherung sind einige z.Zt. noch ungeklärte aber lösbare Fragen. Es ist zu beachten, dass heute die PKV ein Stückweit die GKV subventioniert. Ob eine Bürgerversicherung insgesamt Geld und damit Beiträge einspart und ob sich die Qualität des Gesundheitswesens als solches dadurch verbessert, ist noch nachzuweisen. Wenn beispielsweise die Beitragsbemessungsgrenze nicht angehoben wird, so ist der Effekt der zusätzlichen Gutverdiener gemindert. Was passiert mit den Rückstellungen der PKV-Versicherten? Was passiert bei Beamten, die eine Beihilfe durch den Staat bekommen? Wird der Steuerzahler dadurch entlastet, aber der Beitragszahler belastet?

Eine radikale, kurzfristige Umsetzung wird nicht möglich sein.

Es gibt auch nicht „die Bürgerversicherung“, sondern viele verschiedene Modelle, die denkbar wären. Für viele ältere PKV-Versicherte würde die Umstellung vielleicht ein Segen sein, denn deren Prämien wachsen teilweise im zweistelligen Bereich und ein Zurück in die GKV geht ab dem 58. Lebensjahr praktisch nicht mehr. Denn in der PKV zahlt man seine Prämie äquivalent zu seinem Gesundheitsrisiko und das steigt zum Lebensende exponentiell an.

Die SPD fordert: Deutschland braucht ein Einwanderungsgesetz

Der politische Streit um eine Obergrenze für die Aufnahme von Flüchtlingen verstellt den Blick auf eine maßgebliche wirtschaftliche Entwicklung: Deutschland braucht in den kommenden Jahren erhebliche Zuwanderung, weil sonst die Zahl der Erwerbspersonen drastisch zurückgehen würde. Dass Zuwanderung aus Weltregionen wie etwa Indien, Pakistan und Afrika erfolgen müsste, stellt die Integrationsfähigkeit Deutschlands vor enorme Aufgaben, finanziell und kulturell. Ein transparentes Punktesystem, in Anlehnung an das

kanadische System, soll für Menschen aus Nicht-EU-Ländern, die zum Zweck der Erwerbstätigkeit nach Deutschland einwandern wollen, die Einreise regeln.

Die EU braucht eine funktionierende Integrationspolitik. Die Schwierigkeiten bestehen doch darin, dass ein Teil der Flüchtlinge nicht bereit oder nicht in der Lage ist, sich in unsere Gesellschaften zu integrieren. Ein Ende des Krieges in Syrien würde zwar die Zahl der Asylsuchenden stark verringern, die Migrationsströme aufgrund wirtschaftlicher Not, Umweltzerstörung oder Gefährdung der Sicherheit bleiben jedoch eine wesentliche und möglicherweise existenzielle Herausforderung für Europa.

So trickst sich Schwarz-Gelb in NRW zur schwarzen Null

von Wolfgang Otto (WDR Nachrichten vom 15.11.17)

Von den Vorgängern gelernt. Ohne Haushaltstricks kommt auch der neue Finanzminister nicht aus.

Zu Oppositionszeiten kritisierten CDU und FDP das **Programm „Gute Schule 2020“** als Finanzierung über einen Schattenhaushalt. Der Kredit müsse aus dem Landeshaushalt kommen, nicht von der NRW-Bank, hieß es. FDP-Chef Christian Lindner sprach von „haushaltspolitischer Vollverschleierung“. Doch im schwarz-gelben Haushalt steht: Das Geld soll weiterhin von der NRW-Bank kommen.

Die CDU forderte die vollständige, die FDP wenigstens die teilweise Überweisung der **Integrationspauschale des Bundes** an die Kommunen. Doch nach dem Regierungswechsel bleibt alles beim Alten.

Das Land legt jedes Jahr Geld zurück, um damit später die steigenden Pensionen für Beamte abdecken zu können. Rot-Grün hatte die jährliche Zahlung an den Pensionsfonds gekürzt und auf 200 Millionen Euro gedeckelt. CDU und FDP waren dagegen Sturm gelaufen:

Im aktuellen Haushaltsentwurf ist davon allerdings keine Rede mehr. **Der Pensionsfonds bekommt 200 Millionen Euro** - so wie von Rot-Grün beschlossen.

Auch eine **Senkung der Grunderwerbssteuer** ist nicht erfolgt. Insgesamt wurden in kürzester Zeit diverse Versprechen gebrochen und es wird deutlich, dass zukünftig kalte Zeiten für die Kommunen und die Menschen im Land anbrechen.

Der Versuch der Abschaffung des Sozialtickets war dafür ein erster Vorgeschmack!

Der Raubzug durch die Gemeindekassen geht weiter. Die neue schwarz-gelbe Landesregierung knüpft nahtlos an ihre letzte Regierungszeit an.

Parteien sterben wie alte Bäume von innen. Äußerlich erscheint die CDU noch imposant, aber im Innern ist sie völlig morsch. (Kommentar in der Wirtschaftswoche von Ferdinand Knauß)